

Venezuela: Which side are you on ... ?

Aus Venezuela berichtet **Leo Gabriel** (*Journalist, Sozialanthropologe*) und internationaler Wahlbeobachter bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (ANC) im August 2017 in Venezuela:

Freitag, 8. September, 18 Uhr
Gußhausstraße 14/3 , 1040 Wien

Venezuela polarisiert: das Venezuela der Arbeiterviertel und ländlichen Unterschichten hält trotz Inflation und Versorgungsengpässen der Regierung von Chavez-Nachfolger Nicolas Maduro die Stange. Das Venezuela der Mittel- und Oberschichten mobilisiert kompromisslos dagegen. Der Tod der charismatischen Symbolfigur Hugo Chavez 2013, die seit 2014 stark rückläufigen Erdöleinnahmen, der oppositionelle Sieg bei den Parlamentswahlen 2015 und zuletzt auch der neue US-Präsident Trump haben den Regierungsgegnern den Rücken gestärkt.

Im Juli organisierte das Oppositionsbündnis "Tisch der Demokratischen Einheit" (MUD) eine inoffizielle Volksabstimmung und reklamierte sieben Millionen Stimmen gegen die Regierung Maduro. Im August folgten nach offiziellen Angaben acht Millionen dem Aufruf der Regierung eine neue Verfassunggebende Versammlung zu wählen. Für das bolivarianische Venezuela eine Chance auf mehr partizipative Demokratie, für das anti-bolivarianische Lager ein totalitaristischer Putsch gegen das oppositionell dominierte Parlament.

Bis in die Linke reicht heute diese Polarisierung: der "kritischen Chavismus" sieht den bolivarianischen Prozess durch eine neue korrupte Regierungselite verraten und gefährdet,

andere Teile der Bewegung mahnen zur Einheit angesichts der Drohung einer US-gestützten Rückabwicklung der sozialen Errungenschaften der letzten 18 Jahre.

Die Einseitigkeit der heimischen Medienlandschaft macht eine Diskussion auf Grundlage aktueller Beobachtungen vor Ort unerlässlich – besonders für jene, die den sozialen Aufbruch in Venezuela über viele Jahre solidarisch beobachtet und begleitet haben.

Südwind-Magazin | #MediaUnderPressure

Wer am lautesten schreit... – Welche Chancen haben konstruktive Medien in einer Problem-orientierten Zeit?

am Montag, den 24. April 2017, ab 19 Uhr

Es diskutieren:

- Cornelia Vospernik (ORF)
- Sahel Zarinfard (dossier.at)
- Folker Hanusch (Institut für Publizistik, Uni Wien)

Moderation: Richard Solder (Südwind-Magazin)

Die Mediennutzung hat sich in den vergangenen Jahren und

Jahrzehnten dramatisch verändert: Printmedien befinden sich ökonomisch seit langem in der Krise, auch TV-Sender müssen kämpfen; Online-Medien rechnen sich meist (noch?) nicht. In Zeiten eines US-Präsidenten Trump sind auch die politischen Rahmenbedingungen schwieriger geworden: Vom Weißen Haus in Washington bis zum Kreml in Moskau stellen sich PolitikerInnen offen gegen freie Medien. Hetz-Plattformen und unverantwortlich arbeitende Boulevard-Redaktionen gelten plötzlich als verlässliche Quellen.

Dabei ist gerade in Zeiten von globalen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, qualitativer, konstruktiver Journalismus wichtiger denn je.

Konflikte, Klimawandel, Flucht und Migration: Statt nach der nächsten reißerischen Schlagzeile zu suchen, sollte es den Redaktionen darum gehen, möglichst viele Hintergründe zu liefern und Perspektiven aufzuzeigen; sowie neben den Krisen auch über Lösungsansätze zu berichten.

Stehen konstruktive, qualitative Medien bereits auf verlorenem Posten? Wie können sie Ressourcen für fundierte Berichterstattung lukrieren? Hängt es immer mehr von engagierten BürgerInnen und der Zivilgesellschaft ab, dass guter Journalismus möglich ist?

Montag, 24. April, 19 Uhr
Hauptbücherei, Urban-Loritz-Platz 2a,
1070 Wien

Die Südwind-Magazin Veranstaltung findet in Kooperation mit den Büchereien Wien, der ISJE-Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik, dem Institut für Journalismus & Medienmanagement der FHWien der WKW, dem Presserat und Reporter ohne Grenzen im Zuge der Reihe „Media under Pressure“ statt.

Molenbeek? Hereinspaziert!



Molenbeek. Foto: Christine Moderbacher

Plädoyer für eine differenziertere und tiefgehende Berichterstattung anlässlich der Schlagzeilen über den Brüsseler Stadtteil Molenbeek. Kommentar von Christine Moderbacher*.

Ich musste in den vergangenen Wochen an Albrecht Dürer und sein „Rhinocerus“ aus dem Jahr 1515 denken, einer seiner bekanntesten Holzschnitte. Das Werk stellt ein aus Indien stammendes Panzernashorn dar. Dabei hatte Dürer selbst nie ein Nashorn gesehen, die Darstellung basiert auf Beschreibungen und Skizzen anderer. Das sieht man am Resultat.

So ähnlich war der Zugang vieler internationaler Medien, wenn es um Molenbeek ging. Also jenes Viertel in der belgischen Hauptstadt Brüssel, in der vermeintliche Drahtzieher der Attentate von Paris gewohnt haben sollen und in dem Fahndungen nach Terroristen durchgeführt wurden.

Vom „Rückzugsgebiet für Dschihadisten“, von der „Brutstätte des IS“ und dem „Schmelztiegel des Terrors“ ist hier die Rede. Molenbeek, „wo der Terror gedeiht“.

Die Berichterstattung kreiert ein Stigma, das noch lange an

den BewohnerInnen des Viertels haften wird. Das wird die Zukunft der ohnehin schon in vielerlei Hinsicht marginalisierten Bevölkerung in Brüssel, und darüber hinaus, erschweren.

Für die Quote. Es handelt sich um mediale Panikmache. JournalistInnen leben ja mitunter von diesem Angstzustand. Ich muss zugeben, wir AnthropologInnen auch. Das Interesse an meinem Forschungsgebiet (ich forsche in Molenbeek) hat sich seit den Terroranschlägen in Paris im November um einiges vervielfacht. Nur: Innerhalb der Wissenschaft wird von „Last der Repräsentation“ gesprochen, wenn in der Öffentlichkeit nur auf einzelne Personen einer marginalisierten Gruppe fokussiert wird und diese dadurch fälschlicherweise einen repräsentativen Charakter für die gesamte Gruppe einnehmen. In vielen Medien werden aktuell solche Repräsentationen als absolute Wahrheit verkauft.

Mein Molenbeek. Ich habe ein Lieblingslokal in Molenbeek, das „Al Andalus“, wo ich jedes Mal herzlich begrüßt werde und Hedi, der Wirt, schon ahnt, was ich bestellen werde. Hier treffe ich auch immer wieder Yassin und Hakim, beide Anfang 20, beide aus Molenbeek. Stimmen wie die von Yassin, Hakim und Hedi kommen selten zu Wort. Ein Missverhältnis, das nur schwer zu durchbrechen ist, wenn, wie Wirt Hedi sagt, „die internationalen Medien nur einen kurzen Abstecher nach Molenbeek machen“. JournalistInnen müssten etwas genauer hinschauen, oder etwas länger bleiben.

Ein konkretes Beispiel eines Missverständnisses: Molenbeek ist nur auf den ersten Blick wie ein Pariser Banlieu. Eine Parallele, die in den vergangenen Wochen in Medien oft gezogen wurde. Molenbeek aber ist kein Armutsgürtel am Rande der Stadt, sondern spiegelt seine eigenen demographischen und stadtentwicklerischen Besonderheit wider.

Einst Dorf. Molenbeek ist mittendrin und doch isoliert. Molenbeek Saint Jean, oder Sint-Jans-Molenbeek, der flämische

Name, war einst ein Dorf am Stadtrand von Brüssel. Dann kam die Industrialisierung: Straßennamen wie Rue du Manchester und Rue du Birmingham erinnern wie die mittlerweile schon lange wieder aufgelassenen Fabrikgebäude noch an diese Zeit.

Als Folge des rasanten Wirtschaftsaufschwungs und dem damit verbundenen sozialen Aufstieg zog es die belgische Mittelklasse in den 50iger und 60iger Jahren an den Stadtrand. Als „Gastarbeiter“ geholte Türken und Marokkaner siedelten sich in Molenbeek an, und bewahrten damit die Innenstadt vor dem Verfall. Kettenmigration und Familiennachzug prägten die weitere Entwicklung und führten zum hohen Anteil der jeweiligen MigrantInnen.

Leistbar. Von der Brüsseler Innenstadt ist Molenbeek räumlich nur getrennt durch einen Kanal. Der Bau des EU-Viertels allerdings verschärfte diese Trennung: Durch die steigenden Mietpreise, nicht zuletzt gefördert durch den Zuzug hochbezahlter BeamtenInnen und DiplomatenInnen, sind bis heute für MigrantInnen nur Wohnungen in Bezirken wie Molenbeek leistbar. Diese Segregation fördert das Gefühl unter den Menschen im Stadtteil, weder Raum noch Zukunft außerhalb der heruntergekommenen Straßen des eigenen Viertels zu haben. Was der Wissenschaft übrigens seit Jahren bekannt ist. Reagiert wurde auf Forschungsergebnisse seitens der Politik nie. Seit Paris ist das Problem der Perspektivlosigkeit, vor allem vieler junger Menschen in Molenbeek, unübersehbar geworden. Darüber zu berichten ist wichtig. Die Frage ist nur wie: Reicht es, von der Distanz aus zu recherchieren oder sollte man sich nicht ein eigenes Bild machen?

** Die Anthropologin und Filmemacherin Christine Moderbacher ist Teil des Forschungsprojekts „KFI-Knowing from the Inside“ an der Universität von Aberdeen. Sie lebt und arbeitet seit sechs Jahren in Brüssel.*

Kampfgeist auf Kurdisch



Foto:
privat

Die Kurden um Kobane punkten nicht nur militärisch gegen den IS, sondern machen auch in anderen Belangen Hoffnung. Leo Gabriel teilt frische Eindrücke aus der Region.

Chance für Medien. Angesichts der weltweiten Bedrohung durch die selbsternannten und fälschlicherweise als „Islamischen Staat“ bezeichnete Terrororganisation sind Journalistenreisen durch die Kampfgebiete Syriens heute eine Seltenheit geworden. Zu groß ist die Angst der Berichterstatter vor den orangefarbenen Hemden geworden, die so manchem Kollegen von der internationalen Presse zum tödlichen Verhängnis geworden sind.

Dabei wird allerdings vergessen, dass auch der seit dreieinhalb Jahren tobende Krieg in Syrien durchaus Strukturen aufweist; dass es hier ebenso wie in anderen Kriegsgebieten Fronten gibt und dass es neben dem Menschen-verachtenden Bösen auch konstruktive politisch-militärische Kräfte gibt.

Hoffnung Rojava. Ich beziehe mich dabei auf das von der kurdischen PYD (Partiya Yekitîya Demokrat, dt. „Partei der Demokratischen Union“) dominierte Rojava, jenen relativ dicht

besiedelten Landstreifen, der sich entlang der Grenze zur Türkei von der irakischen Grenze bis in die Gegend von Aleppo zieht. Nur wenige wissen, warum dieser im äußersten Nordosten gelegene Landesteil Syriens zu einem Hoffnungsregion für alle jene geworden ist, die ausgezogen waren, um sich die lange ersehnte Freiheit von diktatorischen Regime Bashar al Assads zu erkämpfen.



Rojava als „Westkurdistan“, wie es auf einer Website der PYD im Oktober 2013 umrissen wurde. Karte: Creative Commons/Panonian

Die politischen Wurzeln der PYD gehen auf die einst viel geschmähte und oft als „terroristisch“ verteufelte PKK Abdullah Öcalans zurück. Kaum bekannt ist, dass heute im syrischen Teil Kurdistans seit etwa 1 1/2 Jahren ein politischer Prozess in Gang gekommen ist, der ausgehend von den Kommunen in den Stadtteilen und Dörfern das von Assad eingeführte hierarchisch kontrollierte System der Bath-Partei unterwandert hat.



Foto: Leo Gabriel

Kobane. Die Stunde der Freiheit der kurdischen Autonomiebewegung ist paradoxerweise gerade zu jenem Zeitpunkt gekommen, als sie sich in ihrer größten Bedrängnis seit Jahrzehnten befunden hat; nämlich als die Einheiten des IS glaubten, die Stadt Kobane im Zentrum von Rojava einnehmen zu können. Dass jedoch die Kurden nach wochenlangen Kämpfen, mit Unterstützung der irakisch-kurdischen Peshmergas der IS eine vernichtete Niederlage bereiteten, kam nicht von ungefähr. Mit ihrem Konzept der „integralen Verteidigung“ gelang es ihnen aufgrund ihres hohen Organisationsgrades dem IS sozusagen den Boden unter den Füßen zu entziehen, indem sie die gesamte Zivilbevölkerung inklusive der Kinder und Alten evakuierten und Kobane in einen Kessel verwandelten, aus dem es kein Entrinnen gab.

Politische Erfolge. Mehr noch als diese militärischen Erfolge lassen sich die politischen sehen. In Windeseile gründete die PYD in Allianz mit etwa zwei Dutzend anderer Gruppierungen, zu denen auch die an sich regimetreuen christlichen Assyrer und Alawiten und Jesiden zählen, ein Parlament, in dem die Frauenquote 40 Prozent beträgt und in dem 20 Prozent der Abgeordneten parteiunabhängig sind. Dieses Parlament hat es innerhalb eines Jahres geschafft eine interkulturelle Erziehungsreform und eine komplette Neustrukturierung des gesellschaftlichen Systems umzusetzen, das jetzt, am 13. März mit den ersten allgemeinen Kommunalwahlen ihren Höhepunkt erreicht.

Dabei ist die Regierung von Rojava überaus bemüht und interessiert, die von ihr kontrollierten Gebiete internationalen Berichterstattern zu öffnen.

Kontakte nach Rojava können in Österreich jederzeit gerne von Leo Gabriel zur Verfügung gestellt werden. lgabriel@gmx.net